

für den Diktaturenvergleich im Jahrhundert der Weltkriege und totalitären Mega-Regime.

Weder das Ende noch der Anfang der DDR erlauben eine isolierte Betrachtung ihrer politischen Geschichte. Sie ist Teil der Geschichte von Deutschland in der bipolaren Weltordnung nach Hitlers Krieg, in ihr geht es normativ um die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, weltpolitisch um die Geschichte des sowjetischen Imperiums und seiner Deutschlandpolitik im Kalten Krieg, und unverzichtbar für die demokratische Kultur der Deutschen ist die Erinnerung an Widerstand, Opposition und Resistenz gegen den totalitären Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten nach der Niederlage der hausgemachten Diktatur der Nationalsozialisten. Danke schön.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Danke schön, Manfred Wilke. Herr Kleßmann bitte.

**Prof. Dr. Christoph Kleßmann:** Vielen Dank, den Vorletzten beißen auch schon die Hunde, nicht erst den Letzten, weil vieles hier schon gesagt worden ist, was ich sonst auch sagen würde. In einer anderen Akzentuierung wird sich einiges wiederholen.

Wir haben ein relativ allgemeines Thema: Chancen, Probleme und Perspektiven. Ich will zu allen drei Punkten etwas sagen, aber nicht sehr konkret auf die speziellen Projekte unseres Instituts eingehen, was sicherlich auch nicht der Sinn der Sache wäre. Die Quellensituation scheint mir extrem günstig zu sein, verglichen mit anderen Feldern der Zeitgeschichte. Darüber ist schon viel geredet worden. Ich möchte nur noch einmal auf einen Punkt hinweisen, der häufig vergessen wird. Die deutsche Teilung hat in Westdeutschland eine kontinuierliche publizistische und fachwissenschaftliche Beobachtung produziert, auch Dokumentationen der Geschichte der DDR. Diese werden bisweilen, wie mir scheint, vergessen oder nicht genügend gewürdigt. Da ist ein umfangreiches Material an Quellen und Literatur entstanden, wenn man nur die frühen Bände des SBZ-Archivs nimmt, die von Monat zu Monat dokumentieren. Das ist auch heute noch außerordentlich wichtig. Also ich würde, um ein bißchen zu provozieren, davor warnen, allzuviel Quellenfetischismus nur aus den Archiven zu betreiben. Daß ansonsten von verschiedenen neuen Institutionen, nicht zuletzt von der Enquete-Kommission, viele neue Impulse auf die DDR-Forschung ausgegangen sind, braucht man hier sicherlich nicht zu betonen. Insofern würde ich meinen, ist es keine Übertreibung zu behaupten, daß kein Gebiet der Zeitgeschichte in kurzer Zeit so intensiv, so breit untersucht worden ist, wie die DDR-Geschichte. Sie gehört neben und nach dem Nationalsozialismus zum besterforschten Terrain der deutschen neueren Geschichte gehört. Die großen Chancen, die das Quellenmaterial bietet und auch das große deutsche und internationale Interesse daran, rufen allerdings auch ein Problem hervor, das sich nach meiner Einschätzung bald herausstellen wird, nämlich einen gewissen Überdruß. Darauf sollte man sich einstellen. Die Warnung vor einer angeblichen Verdrängung der Geschichte der DDR-Diktatur und vor einem

verfrühten Schlußstrich halte ich für weitgehend unbegründet. Der Stand der Aufarbeitung ist sieben Jahre nach dem Ende der DDR ungleich besser, wenn man einmal diesen etwas problematischen Vergleich zieht, als etwa im Jahre 1952 der des Nationalsozialismus. Dennoch gibt es eine Reihe offener Fragen und methodischer Probleme.

Einige politische Probleme, die zeitweilig im Vordergrund der öffentlichen Debatte standen, sollten mittlerweile weitgehend erledigt sein. Dazu gehört die Frage, wer darf oder soll DDR-Geschichte erforschen ebenso wie der bisweilen mit penetranter Rechthaberei geführte Streit um Leistungen und Defizite der alten DDR-Forschung, um Schönfärberei oder um „nationalen Verrat“. Die Schwerpunkte wissenschaftlicher historischer Forschung, und damit komme ich auch noch einmal zu einem Punkt, den Herr Burrichter eben angesprochen hat, können weder in ihren Inhalten noch in ihrer Reihenfolge einfach durch politische Wünsche von außen vorgegeben werden, obwohl natürlich jede Wissenschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden ist und insofern standortgebunden ist. Aber ich denke, die Schwerpunktsetzung kristallisiert sich aus einem komplizierten innerwissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Prozeß heraus und man sollte in der Tat möglichst deutlich sagen, wo spezifische Erkenntnisinteressen bei bestimmten Projekten liegen.

Versucht man ein vorläufiges grobes Fazit der bisherigen DDR-Forschung zu ziehen, so scheint mir die politische Geschichte des Herrschaftssystems im Vordergrund zu stehen. Ich würde sagen, zu Recht, weil die politische Geschichte den Rahmen für die Untersuchung der Gesellschaft in der Diktatur abgibt. Insofern wäre es absurd, Sozialgeschichte ohne entsprechende Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen betreiben zu wollen. Ich glaube, das versucht auch niemand ernsthaft. Gleichwohl liegen im sozial- und alltagsgeschichtlichen Bereich nach meinem Eindruck nach wie vor die größten Defizite. Ich will nur ein paar Stichworte nennen: alte Eliten, bürgerliche Traditionen, Milieuresistenz. Aber auch das Verhalten der „führenden Klasse“ und spezifische Formen ihrer Interessenrealisierung gehören für meine Begriffe kurioserweise zu den großen Lücken in der Forschung. Die bereits vorliegenden Untersuchungen etwa zu den Arbeitsbrigaden zeigen, daß hier außerordentlich interessante Aspekte zutage gefördert werden können. In solchen und ähnlichen sozialhistorischen Komplexen liegt ein Schwerpunkt der Forschung, die im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam betrieben werden, keineswegs ausschließlich, aber mit einer deutlichen sozialgeschichtlichen Akzentuierung. Ich werde das hier im einzelnen nicht vorstellen.

Es geht um vier Projektbereiche, die unter dem Titel „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ zusammengefaßt sind. Diese beiden Begriffe, Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen, könnte man als einen komplementären Dualismus bezeichnen, der versucht, beides gleichermaßen zu berücksichtigen. Gewalt von oben war notwendig, aber Mitmachen von unten gehörte ebenfalls dazu, um das Ganze hinreichend zum Funktionieren zu bringen. Vielleicht nur ganz knapp einfach einmal die Titel

der vier Projekte, um die es da geht. Das erste, ein im wesentlichen politikhistorisches Thema: „Die DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit“, also die vorhin schon einmal angesprochene Frage nach Handlungsspielräumen und Entscheidungsprozessen in unterschiedlichen Zusammenhängen in der Außenpolitik, aber auch in der Frage der Parteisäuberung, sozusagen der antizipierten Sowjetisierung durch deutsche Kader. Ein zweiter, stärker sozialwissenschaftlich orientierter Projektbereich „Führungsgruppen und Apparate des SED-Regimes“, also die Frage nach Funktionseliten, ihrer Rekrutierung, der Ausschaltung alter Eliten, der Einbindung in neue Zusammenhänge und der Funktionsfähigkeit dieser Eliten. Schließlich drittens: Herrschaft und Eigensinn – mit einem Bindestrich dazwischen, der ist wichtig –, in der sozialistischen Diktatur. Eine Mikrostudie, eine alltagshistorische Untersuchung, die versucht, Herrschaft im Prozeß ihrer Realisierung und auch in ihrer Umformung in einem überschaubaren Untersuchungsfeld in brandenburgischen Beispielen etwas näher unter die Lupe zu nehmen; und schließlich viertens die Frage nach der „Rolle von Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung im Prozeß der Herrschaftssicherung“, aber auch unter dem Aspekt, welche internen Debatten dort abgelaufen sind. Wie Autonomie von Wissenschaft oder Restbestände von Autonomie der Wissenschaft mit den Vorgaben von oben kollidieren, also sehr plakativ formuliert, wie weit auch Geschichtswissenschaft Konfliktgeschichte gewesen ist.

Abschließend möchte ich auf zwei Probleme hinweisen, die mir bislang gar nicht oder völlig unzureichend gelöst zu sein scheinen, und die für die weiteren Perspektiven der DDR-Forschung, um die es ja hier vorwiegend auch gehen soll, von zentraler Bedeutung sind.

Erstens: Die Gefahr der Verinselung, der relativen Isolierung der DDR-Forschung. Ich glaube, ihr wird man nur entgegen können durch Einbeziehung in breitere thematische Bezüge. Das hat Herr Heydemann eben auch schon einmal angesprochen, vorhin ist es auch schon einmal erwähnt worden. Dazu gehören vor allem komparatistische Untersuchungen für die DDR und die osteuropäischen Länder. Gegenüber diachronen Vergleichen, also zwischen NS- und SED-Diktatur, haben diese synchronen Vergleiche mit Osteuropa große Vorzüge. Das Problem der Zeitverschiebung entfällt weitgehend. Man hat es mit den gleichen weltpolitischen Rahmenbedingungen und mit Zeitgenossenschaft zu tun. Der Ausgangspunkt der politischen Determinanten des Herrschaftssystems ist ähnlich oder gleich und innerhalb dieser in Grundzügen vorgegebenen gleichen Rahmenbedingungen kann man dann sehr viel besser die Besonderheiten, die Wirksamkeit nationaler Traditionen, die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und gruppenbezogener Akteure erfassen. Diese Forderung nach Vergleichen mit osteuropäischen Ländern wird ebenso oft erhoben wie selten realisiert. Das hat, darauf wurde auch schon hingewiesen, mit Sprachproblemen zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, daß die Teildisziplinen vor 1989 extrem voneinander abgeschottet waren. Allgemeine Zeitgeschichte, DDR-Forschung und Osteuropa waren getrennt. Die DDR und die ostmitteleuropäischen Länder waren im Westen im wesentlichen ein Feld für

Spezialisten. Man blieb sozusagen unter sich. Daraus resultieren zu einem großen Teil die Probleme heute, diese wissenschaftsgeschichtlich auch dringend notwendige Zusammenführung zustande zu bringen. Hier gibt es einen erheblichen Nachholbedarf, und die West- und Mitteleuropäer müssen sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts daran gewöhnen, daß Osteuropa ein wesentlicher Bestandteil Europas ist. Die gegenwärtige Konjunktur der DDR-Forschung wird auf absehbarer Zeit nachlassen. Ihre Verbindung mit der vergleichenden Osteuropaforschung und auch mit einer umfassender konzipierten Deutschlandforschung kann dem vielleicht entgegenwirken und ist um so dringlicher.

Damit komme ich zu dem zweiten und letzten Punkt, der nämlich auf Probleme und künftige Perspektiven der zeithistorischen DDR-Forschung hinweist. Ziel einer kritischen Historiographie kann in Zukunft nicht sein, die DDR-Geschichte umstandslos in die gesamtdeutsche Geschichte einzugliedern, die dann sozusagen teleologisch auf das Datum 1990, die Wiedervereinigung, ausgerichtet ist. Das wäre in meinen Augen eine neue Variante von ideologisierte Geschichtskonstruktion. Ebenso wenig läßt sich die eingebürgerte historiographische Trennung von zwei Staaten weiterführen. Beide Staaten waren, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, in ein dreifaches Koordinatensystem eingefügt. Auch das ist schon angedeutet worden. Einmal in die globale Konstellation des Kalten Krieges, zum anderen waren beide Staaten aber auch eigenständige Subjekte von Politik, und ihre Gesellschaften entwickelten eine eigene Dynamik. Schließlich drittens, und darauf kommt es mir hier an, waren beide Staaten durch Konfrontation und Kooperation stärker miteinander verflochten als sie lange Zeit wahrhaben wollten. Und diese deutsch-deutsche Verflechtung und ihre jeweilige Negation des Konkurrenzstaates macht den stärksten Unterschied der DDR mit den osteuropäischen Staaten aus. Das deutsch-deutsche Verhältnis blieb stets von einer starken Asymmetrie geprägt, aber es bestimmte die innere und äußere Geschichte beider Staaten nachdrücklich und ich glaube, das Verständnis für diesen Sachverhalt ist nach 1990 erheblich gewachsen. Die DDR ist ohne das Magnetfeld der Bundesrepublik überhaupt nicht verständlich. Umgekehrt, und das wird sehr viel weniger thematisiert, wirkten aber auch die Existenz und natürlich die Einflußversuche der DDR in die Bundesrepublik hinein sehr intensiv auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik. Hier gibt es noch viel an empirischen Einzelthemen aufzuarbeiten, was die Kirchen, was die Frauenpolitik, was die Sozialpolitik, aber auch die Wissenschaftsgeschichte angeht. Wie, und damit komme ich zum Schluß, die historiographische Verbindung beider Teilgeschichten konzeptionell aussehen kann, das scheint noch ziemlich unklar zu sein. Vielleicht können wir ja darüber noch einmal diskutieren. Eine neue Nationalgeschichte mit dem Ziel der Identitätsstiftung halte ich für sehr problematisch. Zunächst einmal ist diese Dialektik von Abgrenzung und Verflechtung empirisch auf unterschiedlichen Themenfeldern zu erforschen und da gibt es ja bereits auch einige sehr ergiebige Beispiele, etwa wenn man an die Praxis der Vergangenheitspolitik in beiden Staaten denkt. Fortbestehende Verbindungen, Wechselwirkun-

gen und dezidierte Abgrenzung auf beiden Seiten müssen in einem solchen Konzept, was weder gesamtdeutsch ist noch der alten Arbeitsteilung folgt, richtig ausbalanciert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit bleibt deutsche Nachkriegsgeschichte ein sperriger Gegenstand, aber das macht vielleicht gerade ihren wissenschaftlichen Reiz und ihre politische Bedeutung und Problematik aus. Dankeschön.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Schönen Dank, Herr Kleßmann. Bitte Armin Mitter.

**Dr. Armin Mitter:** Meine Damen und Herren, ich bin versucht, den Spruch von Herrn Kleßmann, also den Letzten, den Vorletzten beißen die Hunde, umzudrehen und zu sagen: „Der Letzte beißt und er könnte diejenigen beißen, die vor ihm ausgeführt haben.“ Also ich möchte das auf keinen Fall tun, aber ich möchte auch nicht all das wiederholen, was hier an Forschungsprojekten genannt worden ist. Vielem kann ich mich anschließen. Vielen meiner früheren oder noch jetzigen Kontrahenten würde ich vorbehaltlos zustimmen, insbesondere dem, was Herr Kleßmann gesagt hat. Nur möchte ich nur am Rande bemerken, es sollte eben nicht immer nur bei Konzeptionen bleiben, sondern man sollte dann doch zu den Tatsachen übergehen, diese Dinge dann wirklich auch initiieren und nicht immer große Forschungsprojekte schreiben für irgendwelche Stiftungen und irgendwelche Förderungen, wo dann der Antrag eigentlich schon das Ergebnis vorgewinnt, sondern es sollte dann auch wirklich mit den Dingen einmal begonnen werden. Es ist eben schon sieben Jahre her, als ich die erste Konzeption gelesen habe, in der dieser osteuropäische Vergleich formuliert worden ist, der auch von anderen Seiten angemahnt worden war. So könnte man verschiedene andere Dinge, die hier auch von anderen Referenten genannt wurden, auch nennen. Ich möchte mich ganz pointiert mit einem ganz bestimmten Punkt beschäftigen und ich verspreche Ihnen, ich werde die Zeit 100 %ig einhalten, ich bemühe mich sogar, sie zu unterschreiten.

Und zwar geht es mir darum, das Verhältnis zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung ein wenig zu beleuchten, und zwar aus der Perspektive von 1989 und der sich daraus entwickelnden Situation, wie wir sie heute vorfinden. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete auch für die Historiker eine völlig neue Situation. Dabei standen für beide Seiten Deutschlands unterschiedliche Bilanzen zu Buche. Im Osten war mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch die Legitimationsbasis der Zeitgeschichtshistoriker weggebrochen. Ich glaube, ich brauche die Gründe dafür überhaupt nicht auszuführen, das ist längst geklärt. Im Westen Deutschlands mit einem pluralistischen Wissenschaftssystem waren die Zeitgeschichtshistoriker gezwungen, ihren unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit entstandenen Standort ebenfalls neu zu bestimmen. Es ging dabei entweder um die Verteidigung oder die Verbesserung der eigenen strategischen Position in der Wissenschaftslandschaft. Die Standorte prägten in nicht unerheblicher Weise die inhaltliche forschungspolitische Diskussion. Zunächst ist festzuhalten, und da stimme ich vorbehaltlos dem, was Herr Prof. Weber ausgeführt hat, zu, daß eine Basis von